



Auf wessen Konto soll das gehen?

Von Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Arbeitszeiten nach Maß sind besser als von der Stange, wird der frühere Bundesarbeitsminister Blüm gern zitiert. Recht hat er. Leider ist das trotz halbamtlicher „Zertifizierungen“ Familie und Beruf bei seinen politischen Erben und in der Bundespolizeispitze noch nicht richtig angekommen.

Seit 2011 experimentiert das Bundesinnenministerium (BMI) in einem Pilotprojekt Langzeitkonten. Seit dem 1. Januar 2015 wurde die Erprobung von Langzeitkonten ausgeweitet. Der bewilligte Rahmen ist im Grunde klein gehalten, aber immerhin ... – Der öffentliche Dienst ist ja ein Dampfer, kein Speedboot. Thomas de Maizière ließ seine Staatssekretärin verkünden, dass die Einrichtung von Langzeitkonten ein „wichtiges Instrument für mehr Zeitsouveränität“ und „ein ganz wesentlicher Fortschritt“ sei. Man wolle damit eine Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber erreichen.

Offenbar sind diese Botschaften weder in seinem eigenen Ministerium noch bei der Führung der Bundespolizei gehört worden. Kein Bundespolizeimitarbeiter darf – was andere Bundesbeamte nun erproben dürfen – durch persönliche Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden zusätzlich erarbeitete Zeit auf dieses Konto transferieren; auch nicht jährlich 40 Mehrarbeitsstunden und nicht genommenen Kinderbetreuungsurlaub. Jährlich kämen so maximal 276 Stunden auf dieses Konto, in den fünf Jahren der Erprobung maximal 1400 Stunden, die dann auch weit nach Ende der Erprobung 2020 schrittweise und in Absprache familienbezogen in Anspruch genommen werden könnten. Bundespolizei und BMI aber sagen: Keine Teilnahme am Pilotprojekt, aber auch keine eigenen, neuen Vorschläge. Es sind die

gleichen Instanzen, die seit Jahren ankündigen, endlich eine „Arbeitszeitverordnung Bundespolizei“ auf den Weg bringen zu wollen, aber nichts auf den Tisch legen und sich übrigens in der Verhinderung der tarifvertraglich zustehenden Dienstvereinbarungen zu Arbeitszeitkonten der Tarifbeschäftigten üben. Dabei führt gerade das Anwachsen des Überstundenberges aus Anlass des Einsatzes Massenmigration vor Augen, wie notwendig moderne Instrumente der Zeitsouveränität sind, um Beruf und familiäre Pflichten in Übereinstimmung zu bekommen.

Geleistete Zeit muss in erster Linie Zeit bleiben und zwar, wenn die Familie sie braucht, und darf nicht zu Geld werden!

Es ist bekannt, dass auch unsere Organisation versucht, Personallöcher der vielfach „Fernpendler“-Bundespolizei durch das Drehen an der Zeitschraube zulasten der Beschäftigten zu lösen und dabei vergisst, dass auch Bundespolizeimitarbeiter Möglichkeiten brauchen, durch bezahlte Inanspruchnahme von Zeitguthaben Familienleben, Freunde, soziale Kontakte, Erziehungs- und Pflegeverpflichtungen unter einen Hut zu bekommen. – Unsere Mitgliederbefragung zu Arbeitszeithemen hat das klar belegt und unsere Arbeitszeitkampagne angestoßen.

Die GdP fordert daher, neben der Senkung der Wochenarbeitszeit endlich polizeigerechte Langzeitkonten so einzuführen, dass auch Zeiten einer über das Maß der regelmäßigen Wochenarbeitszeit hinaus geleistete Arbeitszeiten aus Anlass von Einsätzen, Übungen oder Verwendungen im Ausland auf dem Langzeitkonto gutgeschrieben, die Konten langjährig geführt werden können und eine Deckelung auf 1400 Stunden entfällt. Weiterhin, dass



Foto: GdP

Langzeitkonten auch bei Abordnungen (beispielsweise ins Ausland) weiter bestückt werden können und zudem vollbezahlter Freizeitausgleich auch bis unmittelbar zum Ruhestand möglich sein und ein Wahlrecht zwischen Aufladung des Kontos oder kurzfristigem Mehrarbeitsausgleich bestehen sowie eine Auszahlung in Geld bei Dienstunfähigkeit, Ausscheiden oder Tod gewährleistet werden muss. Wenn mehr als 55% der Mitarbeiter die Arbeitszeitregelungen zwischen „mittelmäßig“ und „sehr schlecht“ bewerten, fast die Hälfte diese als belastend empfindet, das Maß an Mehrarbeit insgesamt als sehr belastend empfunden wird, zudem 60% einschätzen, dass ein zeitnaher Mehrarbeitsabbau nur teils – teils bis sehr selten möglich ist, dann sind Entscheidungsträger gut beraten, sich mit der GdP an einen Tisch zu setzen, „Langzeitkonten Bundespolizei“ zu vereinbaren.

Nicht nur die Leute durchs Land schicken, sondern mal etwas wirklich Spürbares für die „Familie Bundespolizei“ tun!

Wir bleiben dran; – die GdP hat einen langen Atem und eine klare Linie.



ARBEITSZEITFRAGEN? – GdP FRAGEN!

Etwas Arbeitszeit vom Konto abheben ...

Die Möglichkeit, Langzeitarbeitskonten für Beamte einzurichten, hat das Bundesinnenministerium bereits im Jahr 2011 als Experimentierklausel in § 7a Arbeitszeitverordnung (AZV) geschaffen. Für Tarifbeschäftigte ergibt sich dies aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (§ 10 TVöD). In der freien Wirtschaft wird dieses Arbeitszeitflexibilisierungsinstrument bereits vielfach genutzt, um zum einen erhöhte Arbeitsaufkommen zu kompensieren und zum anderen den Beamten die Vereinbarkeit von Beruf und Privatem zu erleichtern.

Der sieben Absätze lange Paragraph gibt bereits einige angesprochene Ein-

schränkungen vor und beim ersten Lesen scheint die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten gerade in dieser arbeitsintensiven Zeit als unkomplizierte und faire Lösung, aber es bestehen auch beachtliche Defizite in dieser Regelung. Nicht nur aus diesem Grund lässt Abs. 7 zu, dass die oberste Dienstbehörde – bei der Bundespolizei das Bundesministerium des Innern (BMI) – nähere Bestimmungen treffen kann.

Der Gesetzeswortlaut sieht eine Freiwilligkeit der Einrichtung dieser Konten auch aufseiten des Beamten vor. Es bedarf insoweit eines Antrags des Beamten. Damit soll die Gefahr gedämmt werden, dass der Dienstherr sich so einen Puffer für „schwierige Zeiten“ schafft, die er anders nicht kompensieren kann. Abs. 3 regelt, wer nicht antragsberechtigt ist. Verständlich erscheint zunächst, dass Beamte auf Widerruf und Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, mangels noch nicht oder nicht mehr derart starken Bindung an das Pflicht- und Treueverhältnis über das Konto gebunden werden sollen. Wobei sich auch hier die Frage stellt, was die Kriterien für die Gefahr der jederzeit eintretenden Möglichkeit einer einstweiligen Zuruhesetzung sein sollen?

Unverständlich bleibt, warum Beamte mit abgesenkter Wochenarbeitszeit nach § 3 Abs. 1 S. 1 und 2 AZV von den Regelungen ausgeschlossen werden sollen. Bei der Einführung der von uns geforderten AZV Bundespolizei muss diese Einschränkung überdacht werden. Gerade am Beispiel des Einsatzes Massmigration erkennt man, dass die Absenkung nach § 3 AZV kein Kriterium für eine Andersbehandlung bei Überstunden darstellt. Eine Diskriminierung ist hier daher nicht gerechtfertigt.

Die zeitliche Begrenzung auf fünf Jahre und die materielle Begrenzung auf 1400 Stunden sind ebenfalls nicht sinnvoll. Das Argument des Schutzes der Beamten vor zu hoher Belastung kann nur dann greifen, wenn die Aufgabe der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im bundespolizeilichen Aufgabenbereich gesichert ist. So erfreulich die 3000 geplan-



ten neuen Stellen auch sind, können wir auch mit diesen – gerade auch vor dem Hintergrund der Ruhestandsdaten – die bisherigen Aufgaben von Fußballerinsatz, Demonstrationbegleitung bis Massenmigration so nicht erfüllen. Insofern widersprechen sich die Abs. 4 (Begrenzungen) und Abs. 1, der den Freistellungsanspruch bei dienstlicher Möglichkeit vorsieht, sodass sich der eigentliche Schutzgedanke ins Gegenteil verkehrt, denn die Freistellungsphasen über mehrere Wochen oder Monate können dann nicht gewährt werden, wenn die dienstliche Situation es nicht zulässt. Unterstrichen wird dieses bestehende gesetzliche Dilemma noch durch Abs. 6 des § 7a AZV, wonach positive Gleitzeitsalden nicht in den nächsten Abrechnungszeitraum übertragen werden können.

Weiterhin muss geklärt werden, wie mit nicht genommenem Jahresurlaub, Sonderurlaub, Zusatzurlaub, Auslandsaufenthalt, Bereitschaftszeiten, Umrechnung von Leistungsprämien, Wechsel zu anderem Dienstherrn (Übertragung) u. Ä. verfahren wird.

Geregt werden muss auch, was geschieht, wenn der Beamte unvorhergesehen in den Ruhestand versetzt wird und vor Eintritt in den Ruhestand verstirbt. Gerade zum letzten Punkt tendiert die Rechtsprechung immer mehr zur Vererbbarkeit dieser Ansprüche (zuletzt entschieden für Urlaubsansprüche im Rahmen des europäischen Mindeststandards). Auch darf Jahresurlaub nur insoweit einfließen dürfen, wie er über den Mindeststandard von vier Wochen hinausgeht.

Zur weiteren beidseitigen Rechtssicherheit sollte das BMI bei Einführung solcher Konten darüber nachdenken, Tatbestände für die Freistellung zu formulieren und diese gegebenenfalls mit etwaigen Wertigkeiten untermauern. So könnten – wie nach einem Sozialpunk-

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.
Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



ARBEITSZEITFRAGEN? – GdP FRAGEN!

tesystem – Beamte, die ihre Freistellungsphasen für Kinder oder Pflege der Angehörigen benötigen, Vorzug erhalten. Dies kann natürlich zu Spannungen führen, stellt aber für den Dienstherrn ein nachvollziehbares Regelungsinstrument dar.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich im Rahmen ihrer Arbeitszeitkampagne bereits ausführliche Gedanken gemacht und Lösungsansätze erarbeitet, die zu einer schnellen und unkomplizierten Einführung von Langzeitarbeitskonten beitragen können und

Gefahren aufzeigen. Über das Mitbestimmungsrecht nach § 75 Abs. 3 Nr. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) können wir über unsere Personalratstätigkeiten bei der Einführung und Ausgestaltung mitwirken und unser Wissen einbringen. **SK**

AKTIV – AKTIVER – GdP-SENIOREN



Foto: GdP

Wie in jedem Jahr, lud die Kreisgruppe (KG) Halle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihre Senioren auch 2015 zum traditionellen Martinsgansessen ein.

18 Teilnehmer (Foto) folgten dieser Einladung, die Anreisen aus dem Thüringer Wald, der Magdeburger Börde und dem Elbe-Elster-Kreis auf sich nahmen. Nach Begrüßung durch den Seniorenbeauftragten der Hallenser KG, Peter Lontzek, sowie den Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland, Etienne Frankenfeld, wurden allgemeine Probleme der Senioren erörtert. Als besondere Thematik wurden die Mitgliedsbeiträge von Ruheständlern diskutiert, die bei unterschiedlich zuerkannten Prozentpunkten in der Versorgung bzw. Rente (im Verhältnis Ost zu West) in gleicher Höhe zu entrichten sind. Hierzu wird ein Gespräch mit dem Seniorenvertreter des GdP-Bezirks Bundespolizei erfolgen, um Lösungen zu erörtern, die u. U. eine Beitragsgerechtigkeit nach sich ziehen.

In fröhlicher Runde wurde anschließend das Zusammensein genossen und man ließ sich die traditionelle Martinsgans schmecken.

Zum „Nachtisch“ folgten dann besondere Ehrungen, die so auch nicht alle Tage vorkommen; nämlich für 100 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Unsere Mitglieder Erich Ritter und Volker Greiling wurden für je 50 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt. Stefan Pönitsch, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Halle, betonte hierzu, wie „jung“ doch eine Mitgliedschaft in unserer GdP hält. Abgerundet wurde dieser feierliche „Nachtisch“ für die beiden Jubilare mit dem Überreichen der Urkunden, den dazugehörigen Anstecknadeln und einem kleinen Geschenk der Kreisgruppe Halle. Im Anschluss klang der Tag mit einer Runde Bowling aus.

Dem Dank für ihre gewerkschaftliche Treue an unsere beiden Geehrten schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

Etienne Frankenfeld

POSITION

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürwortet die beabsichtigte Kooperationsvereinbarung zwischen Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA), unterbreitet jedoch weitergehende Vorschläge.

So möchte die GdP neben dem höheren Dienst auch den gehobenen Dienst in den Überlegungen zu einem Personalentwicklungskonzept (PEK) berücksichtigt wissen. U. a. kann durch Hospitation, Praktika und Monitoring damit ein erheblicher Kompetenzzuwachs zwischen BKA und Bundespolizei erreicht werden.

Darin soll nach Auffassung der GdP auch die Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei am Vorbereitungsdienst des gehobenen Kriminaldienstes als Aufstiegsoption wieder mit einbezogen werden. Die GdP unterstützt diese Kooperation seit den 1990er-Jahren und forderte im vergangenen Jahr als einzige Gewerkschaft bei Anhörungen hierzu die Wiederaufnahme dieses Aufstiegsverfahrens.

Für die GdP ist auch unabdingbar, dass Beschäftigte der Bundespolizei, die in den Personenschutzkommandos des BKA ihren Dienst verrichten, in diese Entwicklungsüberlegungen mit einbezogen werden; – die bisherigen Vereinbarungen berücksichtigten für diesen Personenkreis keine Weiterentwicklungen in dieser Fachverwendung.

Das bedeutet, dass nicht nur die Form eines Dienstpostentauschs als Fördermaßnahme angesehen werden kann, sondern alle Instrumente des PEK Platz greifen müssen.

Der Bezirk Bundespolizei der GdP bietet sich zu diesen Vorschlägen für weitergehende Verhandlungen an.



HAUSHALT UND BEFÖRDERUNGEN 2016

Nach dem Bundestagsbeschluss zum Einzelplan des Haushalt des Bundesministeriums des Innern finden sich viele Forderungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Haushalt 2016 wieder. Dies ist auch unseren beharrlichen Verhandlungen und Gesprächen mit den Haushaltsberichterstattern und

zuerkannt werden. Denn wir müssen vor allem im mittleren und auch im gehobenen Dienst kräftig zulegen, um vorhandene Ungerechtigkeiten zu beenden.

Zu den „Beförderungsmöglichkeiten“ ist festzustellen, dass diese auch immer sogenannte „Aufzugseffekte“

	Schlussforderungen des Bundesinnenministers	Ergebnis nach GdP-Haushaltsgesprächen
Erwerb Kraftfahrzeuge	19,8 Mio €	27,8 Mio €
Erwerb Seefahrzeuge (2016 bis 2018)	3,9 Mio €	165 Mio €
Anwärterbezüge	27,4 Mio €	40,4 Mio €
Beamte insgesamt	558 neue Planstellen	1.567 neue Planstellen (plus je 1.000 in 2017 und 2018)
Polizeivollzugsdienst	rechnerisch = 1.300 Beförderungsmöglichkeiten	rechnerisch = 2.600 Beförderungsmöglichkeiten
Verwaltungsbeamte	rechnerisch = 170 Beförderungsmöglichkeiten durch Hebungen	rechnerisch = 700 Beförderungsmöglichkeiten durch Hebungen und neue Planstellen
Tarifbeschäftigte	33 Hebungen von Entgeltgruppe 3 nach Entgeltgruppe 5	1.033 Hebungen von Entgeltgruppe 3 nach Entgeltgruppe 5

Innenpolitikern zu verdanken. Aus diesem Grund interviewten wir auch Dr. Reinhard Brandl (CSU) sowie Martin Gerster (SPD), deren Positionierungen wir in dieser Ausgabe unseres Bezirksjournals präsentieren.

Die GdP wird jetzt die Chancen nutzen, um Beförderungsstaus aufzulösen und das geht nur, wenn uns für Neueinstellungen nicht nur A7er-Planstellen, sondern Beförderungsplansstellen

berücksichtigen. Das bedeutet im Konkreten: Wenn ein A12-Beamter nach A 13 befördert wird, kann ein PHK A 11 nach A 12 eingewiesen und ein weiterer Oberkommissar zum PHK befördert werden. Für den Bereich des mittleren Dienstes gilt dieser „Kamineffekt“ in Analogie.

Beförderungsmöglichkeiten aus Ruheständen (Pensionierungen) lassen sich nur bedingt im Voraus ermitteln. Dies liegt zum einen an der stufenweisen Verlängerung der Lebensarbeitszeit (§ 5 Abs. 2 Bundespolizeibeamtengesetz), wonach nicht mehr alle Beamte eines Geburtsjahrganges in demselben Jahr in den Ruhestand treten, sondern zeitversetzt. Zudem sind andere Fluktuationen (Kündigung, vorzeitige Zur-

ruhesetzung etc. pp.) nicht vorhersehbar. Die Angaben können daher nur Näherungswerte sein. Die Gesamtbeförderungsmöglichkeiten 2016 setzen sich also aus den Beförderungen aus Ruheständen, den von der Bundesregierung geforderten Beförderungsmöglichkeiten und den von der GdP hinzuverhandelten Beförderungsmöglichkeiten zusammen.

Die Bundesregierung hatte vor, nur 337 zusätzliche PHM-Beförderungen in 2016 zu ermöglichen, die GdP konnte dies auf 527 steigern. Zusammen mit den Beförderungen aus Pensionierungen werden so in diesem Jahr fast 1000 Kolleginnen und Kollegen endlich zur Polizeihauptmeisterin bzw. zum Polizeihauptmeister befördert werden können. – Niemand sonst kämpft so für den mittleren Dienst!

Und die Bundesregierung plante lediglich 94 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Polizeihauptkommissare A 11. Wir puschten dies auf 249! Zusammen mit den Beförderungen aus Pensionierungen werden so in diesem Jahr 400 Kolleginnen und Kollegen endlich Polizeihauptkommissarin bzw. -hauptkommissar werden können.

Wir sind sicher, dass es uns gelingen wird, die Problemfelder zu Weiterentwicklungen zu lösen. – Verlässlichkeit, Hartnäckigkeit und Kompetenz: Dafür steht eure GdP!

NACHGEFRAGT

Die Haushaltsdebatte des Bundestages Ende November 2015 führte zu einer deutlichen Verstärkung der Sicherheitsbehörden. Was dabei der Bundespolizei zuerkannt wurde, verdient Beachtung.

Das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei „Deutsche Polizei“ (DP) fragte hierzu beim Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB), Dr. Reinhard Brandl (CSU, Foto) nach. Denn auch dem Einfluss der Gewerkschaft der Polizei (GdP) war es zu verdanken, dass diese Wertschätzung uns seitens der Politik entgegengebracht wurde.

DP: Sie waren sehr froh, dass es Ihnen als Parlamentarier in allen Beratungen zum Haushalt gelang, unsere Sicherheitsbehörden mit diesem Haushaltsaufwuchs substanziell verstärken

zu können. Dahinter verbergen sich mehr als entlastende Momente für unsere Kolleginnen und Kollegen. Worauf blicken Sie mit besonderer Genugtuung zurück?

Dr. Reinhard Brandl: „Genugtuung“ ist das falsche Wort. Die Wahrung der inneren Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Mit dem Haushalt haben wir bewiesen, dass wir dies nicht nur in Sonntagsreden betonen, sondern konkret auch in unserer Politik umsetzen.

DP: Ohne die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland und in der Welt wäre der Bundespolizei wahrschein-



Foto: Matthias Tunger

lich nicht diese Beachtung durch die Politik zuteil geworden, obwohl wir auch in der Vergangenheit unter starker Belastung unsere gesetzlich zugewiesenen Aufgaben erfüllten. Dürfen wir auch mit Fortschreibungen im nächsten Haushaltsjahr rechnen?

Dr. Reinhard Brandl: Ja, sicher. Die Stärkung der Bundespolizei besteht vor allem aus einem langfristigen Personalaufwuchs: In diesem Jahr um insgesamt 1538 Stellen und in den nächsten beiden Jahren um mindestens 2000 weitere Stellen. Die Mittel dafür werden dementsprechend auch langfristig der Bundespolizei zur Verfügung stehen.

DP: Ihr Dank galt auch dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu diesem Aufwuchs. Bei den Haushaltsanmeldungen wurden auch Kürzungen diskutiert. Gratulierten Sie dem Minister auch dazu, dass er



NACHGEFRAGT

Vorschlägen zu Streichungen auch seinem Haus entgegentrat?

Dr. Reinhard Brandl: Ich gratuliere der Bundespolizei zu diesem Minister. Thomas de Maizière genießt hohes Ansehen und Glaubwürdigkeit im Parlament. Das kommt daher, dass er nicht die kurzfristige Schlagzeile zur persönlichen Profilierung sucht, sondern an einem langfristigen nachhaltigen Erfolg interessiert ist und auf dem Weg dorthin zudem kompromissbereit ist. Im Ergebnis hat er damit die größte Stärkung der Sicherheitsbehörden und des Bundesinnenministeriums in den letzten Jahrzehnten erreicht.

DP: Der Personalhaushalt weist besondere Schwerpunkte aus. Und insbesondere werden mehr als 3000 neue Stellen geschaffen. Das stellt eine besondere Herausforderung für die Ausbildungsorganisation dar. Die neu gewonnenen Kolleginnen und Kollegen werden sich wahrscheinlich nach ihrer Ausbildung bzw. ihrem Studium in teuren Ballungsräumen zur Dienstverrichtung wiederfinden. Gibt es bereits Überlegungen zu nachfolgenden Haushaltsberatungen, um für diese teuren Regionen Ausgleichsmomente zu generieren?

Dr. Reinhard Brandl: Das Problem ist uns bekannt und wir diskutieren auch immer wieder Ansätze, wie wir gerade den jungen Beamtinnen und Beamten helfen können. Ich möchte aber in dieser Frage nichts versprechen, da wir hier auf große Schwierigkeiten bei der Abgrenzung des Personenkreises und der Ballungs-

räume sowie bei der Festlegung der Höhe von möglichen Zulagen stoßen. Deshalb an dieser Stelle nur so viel: Das Thema bleibt weiter auf der Agenda.

DP: Die Bundespolizei leidet seit vielen Jahren unter einer strukturellen Unterfinanzierung des Sachhaushalts, was sich im täglichen Dienst leider in teilweise unzumutbaren Unterkünten, fehlender Schutzausstattung und erheblichen Problemen der polizeilichen Informations- und Überwachungstechnik zeigt. Auch für ein neues Aus- und Fortbildungszentrum sind bisher keine Gelder geplant. Besteht Hoffnung, dass nicht nur Personal aufgestockt, sondern auch das Fehl an Sachhaushaltsmitteln nun schrittweise behoben wird?

Dr. Reinhard Brandl: Im Haushalt 2015 haben wir als Parlament zusätzlich 15 Millionen Euro für die Beschaffung moderner Schutz- und Einsatzbekleidung sowie 5 Millionen Euro für Fahrzeuge ausgebracht. Im Haushalt 2016 stand jetzt das Personal im Mittelpunkt. Es versteht sich aber von selbst, dass die neuen Kolleginnen und Kollegen nicht nur eingestellt, sondern auch ausgerüstet, untergebracht und ausgebildet werden müssen.

Dafür sind bereits für 2016 Mittel eingeplant. Nach meinen Informationen soll auch das neue Aus- und Fortbildungszentrum rechtzeitig zum Ausbildungsbeginn im September 2016 arbeitsfähig sein. Wir werden diese Entwicklung aufmerksam be-



Die GdP und ihre Personalvertreter: Stets in Gesprächen im Deutschen Bundestag unterwegs. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): S. Hüber, J. Hausknecht, Dr. R. Brandl, M. Gerster sowie M. Braum im vergangenen Herbst bei Erörterungen in Berlin. Foto: GdP

obachten und 2017 gegebenenfalls nachsteuern.

DP: Die Bundespolizei erhält dankenswerterweise auch Gelder für die Ersatzbeschaffung von Einsatzschiffen. Was war in den Verhandlungen ausschlaggebend für diese Entscheidung?

Dr. Reinhard Brandl: Die Entscheidung war einfach: Ohne neue Schiffe hätte die Bundespolizei ab 2017 im Bereich See ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Das stellte keine Option dar. Schwierig war nur die Finanzierung. Alleine in 2016 fallen hierfür Kosten in Höhe von 50 Millionen Euro an. In 2017 und 2018 kommen noch einmal 115 Millionen Euro dazu. Ich bin froh, dass es gelungen ist.

DP: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Haushaltsdebatte des Bundestages Ende November 2015 zum Einzelplan 06 für das Bundesministerium des Innern – und damit für die Bundespolizei – erkannte dieser, nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Sicherheitslage, ein deutliches Plus zu.

Das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei ‚Deutsche Polizei‘ (DP) wollte hierzu Näheres erfahren und das Mitglied des Bundestages (MdB), Martin Gerster (SPD, Foto), stellte sich unseren Fragen.

DP: 3000 neue Stellen – anlässlich des Asyl- und Flüchtlingsgipfels im September 2015 durch Sigmar Gabriel gefordert – halten nun Einzug bei

der Bundespolizei. Damit verbunden sind für die einzelnen Besoldungsgruppen auch die entsprechenden „durchgeschlüsselten“ Beförderungen. Sie achteten darauf im Besonderen, weil es auch ein Anliegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) war. Wie wichtig sind Ihnen als MdB diese Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern?

Martin Gerster: Als Sozialdemokrat fühle ich mich den Gewerkschaften aus guter Tradition aber auch aus Überzeugung verbunden. Bei politischen Entscheidungen im Bundestag bin ich auch ganz konkret darauf angewiesen, Rückmeldungen aus dem „Maschinenraum“ der Institutionen zu bekommen, für die ich im Haushaltsausschuss Verantwor-

tung trage. Das ist ein wichtiges Korrektiv zu den Perspektiven der jeweiligen Leitungsebene. Und dafür sind ein guter persönlicher Draht zu den Personalvertretungen und der Austausch mit gewerkschaftlich organisierten Stimmen aus Behörden und Ministerien Gold wert.

DP: Worin lagen die besonderen Herausforderungen, diese Stellen-



Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll/Florian Jänicke)

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

mehrungen in der Haushaltsdebatte ins Ziel zu bringen?

Martin Gerster: Als Haushälter treffen wir die Entscheidungen, wofür Steuermittel ausgegeben werden. Das ist oft eine politisch sehr umstrittene Frage. Die Defizite im Bereich der Bundespolizei sind mir seit Langem bekannt. Zusammen mit meiner Fraktion will ich im Haushaltsausschuss für Verbesserungen kämpfen. Sehr hilfreich war, dass Sigmar Gabriel im Koalitionsausschuss bereits durchgesetzt hatte, die 3000 zusätzlichen Stellen in den kommenden Haushalten zu verankern. Mir war wichtig, darauf zu achten, dass das Stellenpaket richtig ausgestaltet wird. Polizeikräfte brauchen eine gute Ausbildung. Deshalb ist es sinnvoll, in der ersten 1000er-Tranche sicherzustellen, dass zunächst auch die Ausbildungskapazitäten gestärkt werden, bevor die nächsten Schritte umgesetzt werden.

DP: Auch die 1000 Hebungen im Tarifbereich von der Entgeltgruppe (EG) 3 in EG 5 stellen für Sie ein besonderes Anliegen dar. Dies war wahrscheinlich auch kein leichtes Unterfangen?

Martin Gerster: Grundsätzlich war auch dem Bundesinnenministerium klar, dass im unteren Tarifbereich etwas getan werden muss, um den dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine bessere Perspektive zu bieten. Es fällt letztlich auf die Attraktivität der Bundespolizei als Ganzes zurück, wenn auf den entsprechenden Stellen nicht anständiger bezahlt werden kann. Vor diesem Hintergrund konnten wir uns als SPD auf diesem Gebiet innerhalb der Koalition erfolgreich durchsetzen. Wir werden die Entwicklung in diesem Entgeltbereich auch in den kommenden Haushaltsverhandlungen weiterverfolgen.

DP: Wir gehen davon aus, dass diese Hebungen keineswegs als Vorgriff des Haushalts auf die Umsetzung der Entgeltordnung zu betrachten sind. Worin sollten sich Ihres Erachtens weitere Entwicklungsmöglichkeiten für diesen Personenkreis zukünftig festmachen und welche Perspektiven könnten sich für die kommenden Jahre eröffnen?

Martin Gerster: Unser Ziel muss sein, Menschen längerfristig an die

Bundespolizei zu binden und erworbenes Sachwissen und Fachkenntnisse möglichst nicht zu verlieren, weil die Bundespolizei in diesem Tarifbereich als Arbeitgeber vergleichsweise unattraktiv ist. An diesem Maßstab müssen wir uns auch mit Blick auf dieses Tarifsegment orientieren. Den für die kommenden Jahre anstehenden Haushaltsberatungen kann ich aber noch nicht vorgreifen – auch weil wir erst einen möglichst soliden Überblick brauchen, wie sich die finanziellen Spielräume entwickeln.

DP: Um die Herausforderungen zu bewältigen, benötigen wir deutliche Entlastungen von vollzugsfremden Aufgaben. Dabei können uns Tarifbeschäftigte auf vielen Ebenen helfen. Beispielsweise in der Aus- und Fortbildung, in unseren Bundespolizeiabteilungen, aber auch in unseren Inspektionen. Stellt diese Stellenmehrung für Tarifpersonal die logische Konsequenz für eine Fortschreibung im Haushalt 2017 dar?

Martin Gerster: Zunächst gilt es, den Haushaltsentwurf und die Vorschläge aus dem Bundesinnenministerium für 2017 zu analysieren. Danach werden wir prüfen, welche Bereiche dabei zu wenig berücksichtigt sind und den Haushalt in den entsprechenden Punkten weiterentwickeln. Klar ist, dass ich den Bedarf sehe, die Polizeibeamtinnen und -beamten dort zu entlasten, wo sie von ihren hoheitlichen Aufgaben durch vermeidbaren „Nebenauf-

wand“ abgehalten werden. Was ich aber eindeutig ablehne, ist, über Behelfskonstruktionen, wie z. B. Polizeiunterstützungskräfte, sachlich notwendige Beamtenstellen einzusparen und diese über Tarifbeschäftigte abzudecken.

DP: Auch der Sachhaushalt wurde aufgefüllt, um unsere zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können. Wie sieht es mit Geldern aus, die zur Steigerung der Attraktivität in anderen Bereichen erhalten könnte? Beispielsweise für das Gesundheitsmanagement, einer stärkeren Förderung von Familie und Beruf sowie die Gestaltung von Arbeitsplätzen?

Martin Gerster: Für 2015 ist es mir gelungen, 20 zusätzliche Millionen für Bekleidung, Körperschutzausstattungen, Schutzwesten und neue Einsatzfahrzeuge in den Bundeshaushalt hinein zu verhandeln. Auch 2016 stieg der Sachmitteletat in erheblichem Umfang – unter anderem haben wir die Beschaffung von drei Einsatzschiffen für insgesamt 165 Mio. Euro beschlossen. Mit Blick auf 2017 werden wir sehen müssen, wo tatsächlich großer Bedarf für zusätzliche Investitionen besteht. Ich sehe zum Beispiel die räumliche Unterbringungssituation vieler Bundespolizeidienststellen mit Sorge. Aber selbstverständlich nehme ich alle Wünsche, die mir aus den Personalvertretungen übermittelt werden, mit in die Verhandlungen.

DP: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

AKTIV – AKTIVER – GdP-SENIOREN

Im Spätherbst 2015 lud die Kreisgruppe Kassel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihre Senioren zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein.

Peter Schrupf erklärte sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Seniorengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei bereit, zu den Themen „Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung“ zu referieren, was bei den Kollegen eine sehr große Resonanz hervorrief. In einem regen Erfahrungsaustausch kamen viele weitere andere Probleme und Anliegen ebenfalls zur

Sprache. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnte der KG-Vorsitzende Thomas Weichert unseren Kollegen Helmut Ryczek für seine 50-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft ehren und ihm neben der Urkunde und der Ehrennadel auch ein Geschenk seiner Kreisgruppe überreichen. Dem Dank an den Geehrten für seine gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. – In Zukunft wird man sich in diesem Kreise mindestens einmal pro Jahr treffen.

RS



AKTIV – AKTIVER – GdP-SENIOREN

Mitte November 2015 trafen sich in Bad Hersfeld engagierte Senioren sowie Kollegen, die in Kürze in Ruhestand treten, um zu beraten, wie der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) seine Seniorenarbeit vor Ort noch weiter verbessern kann.

Peter Schütrumpf, Vorsitzender unserer GdP-Seniorengruppe, informierte umfassend zu aktuellen Projekten und Angeboten der GdP: Von unseren Seminaren zur Vorbereitung auf den Ruhestand, über Ratgeberbroschüren zur Vorsorge bis hin zu unseren Seniorenreisen. Anja Scheuermann, die als Gewerkschaftssekretärin die Seniorenarbeit des Bezirks betreut und die Moderatorin des Seminars übernahm, konnte am Ende



Ruheständler und angehende Pensionäre in umfassendem Dialog. Und immer an der Frage orientiert, wie wir uns unsere gewerkschaftliche Betreuung verbessern können. Foto: GdP

von angeregten Diskussionen und intensiver Gruppenarbeit als Ergebnis Folgendes feststellen: Wichtig war den Teilnehmern aus Bundespolizei und Zoll vor allem der Ausbau von Möglichkeiten der Netzwerkar-

beit; – sowohl mit anderen Senioren, als auch den aktiven Kollegen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass auch im Ruhestand gilt: Die GdP ist eine für alle – von Kollegen für Kollegen. **AS**

GEEHRT

„400-jährige GdP-Mitgliedschaft“ ...

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde ehrte die Kreisgruppe Pirna der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 26. November 2015 insgesamt 16 Seniorinnen und Senioren für ihre 25-jährigen GdP-Mitgliedschaften. Der KG-Vorsitzende Wolfgang Schmidt (rechts) nahm dies zum Anlass, unseren Mitgliedern für ihre langjährige Treue zu danken und informierte über tagespolitische Ereignisse sowie die damit zusammenhängenden Probleme für die Bundespolizei, die zurzeit die GdP auch im Besonderen bewegen. Olaf Beyer (6. von rechts), als Vorsitzender des GdP-Seniorenvorstandes, nahm im Anschluss gemein-



Foto: GdP

sam mit Vorstandsmitgliedern der Kreisgruppe die Ehrungen vor. Dem Dank für gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch

der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

Sven Förster

ENGAGEMENT

Bezirksgruppe (BZG) Zoll der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verstärkt ihren Einsatz für schwerbehinderte Menschen ...

In den Dienststellen ist die Schwerbehindertenvertretung unverzichtbarer Ansprechpartner bei Fragen der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und von Behinderung bedrohter Menschen, für die Ausgestaltung von barrierefreien Arbeitsplätzen, die Wiedereingliederung erkrankter Beschäftigter und die Zusammenarbeit mit Behörden und



Foto: GdP

Leistungsträgern. Als Ratgeber und Helfer begleiten sie Kolleginnen und Kollegen in vielfältigen Situationen des Arbeitsalltages; – von der Antragsstellung zur Anerkennung der Behinderung bis zu Beurteilungsgesprächen und vielem mehr. Diese Arbeit zu unterstützen und gleichzeitig den Belangen schwerbe-

hinderter Menschen in der gewerkschaftspolitischen Arbeit stärkere Beachtung zu widmen, hat sich die BZG Zoll zum Ziel gesetzt. Mit der Einrichtung der Funktion einer bzw. eines Beauftragten für die Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen, die bzw. der eng in die Vorstandsarbeit eingebunden ist, setzten die Teilnehmer des Delegiertentages der GdP-Zoll Mitte November 2015 ein klares Zeichen, welches der Vorstand mit der Berufung von Klaus Heckel (Foto), einem ausge-

Fortsetzung auf Seite 8



ENGAGEMENT

Fortsetzung von Seite 7

wiesenen Experten, unterstrich. Der ledige Oberregierungsrat ist seit seiner Geburt blind und feierte Silvester 2015 seinen 50. Geburtstag. Nach Besuch der Blindengrundschule in Nürnberg und des Gymnasiums der Deutschen Blindenstudienanstalt in Marburg studierte Klaus Heckel in Marburg und Freiburg Jura. 1993 legte er das 1. Staatsexamen ab und begann ein Referendariat in Düsseldorf. Nach dem 2. Staatsexamen im Jahre 1996 bewarb er sich erfolgreich auf eine Ausschreibung über die Zentralstelle für die Vermittlung (ZAV) beim Bundesministerium der Finanzen (BMF). In der dortigen Zentralabteilung war er als Refe-

rent für Beamtenversorgung tätig, bevor er im September 1998 als Justiziar und Datenschutzbeauftragter in das Zollkriminalamt in Köln wechselte. Bereits während Schulzeit und Studium engagierte Klaus Heckel sich in Blinden- und Behindertenorganisationen. Nicht zuletzt die eigenen guten Erfahrungen mit der Schwerbehindertenvertretung beim BMF im Rahmen seiner Einstellung spornten ihn zur Mitarbeit in dieser wichtigen innerbehördlichen Interessenvertretung an. Seit 2003 ist Klaus Heckel Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im Zollkriminalamt und seit 2007 Bezirksvertrauensperson und Stellvertreter der Hauptvertrauensperson beim BMF. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des

Bezirkspersonalrats beim Zollkriminalamt und langjährigem Vorstandsmitglied der GdP im Zoll, Martin Schinke, setzte er sich für eine Stärkung der Zusammenarbeit von Personalrat und Schwerbehindertenvertretung ein. „Mit seinem breiten Fachwissen und schier unermüdlichem Einsatz für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen ist Klaus Heckel ein Gewinn für die GdP-Zoll“, freut sich Martin Schinke auf die Fortsetzung der für alle Seiten fruchtbringenden Zusammenarbeit. Über die Arbeit des Beauftragten für die Angelegenheiten schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen und dessen Erreichbarkeit informieren wir im Netz auf www.gdp-zoll.de.

JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG**„Einführung in die Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung“ geglückt ...**

Ende November 2015 fand in Berlin das Seminar „Einführung in die Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)“ der Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt. Geleitet wurde das Seminar durch den GdP-Teamer, Stephan Lange (r. im Bild). Die zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Foto) im Alter von 19 bis 24 Jahren starteten gut gelaunt, motiviert und mit vielen Erwartungen in die Schulungsveranstaltung. Inhaltlich wurde ihnen, die allesamt als Mitglieder in den verschiedensten JAV'en Verantwortung tragen, die Aufgaben sowie die Rechte und Pflichten der JAV näher gebracht. In

den Gruppenarbeiten wurde zielstrebig und harmonisch zusammengearbeitet. Dabei wurde zusätzlich die rechtliche Stellung der Personalrats- und der JAV-Mitglieder sowie die Zusammenarbeit untereinander herausgearbeitet. Am Ende des Seminars waren sich alle einig: Die Rechtsgrundlagen wurden vertieft vermittelt und die praktischen Übungen führten zu Klarheit und Sicherheit. Das Ziel des Seminarleiters wurde eindeutig

erreicht. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen am Ende mit neuen Vorhaben und Erwartungen aus diesem Seminar.

Julia Drasky

Foto: GdP

NACHRUFE

Am 6. Dezember 2015 wurde unser junger Kollege

Luca Kahlert

durch einen tragischen Verkehrsunfall aus dem Leben und aus unserer Mitte gerissen. In tiefer Betroffenheit und Anteilnahme sind all unsere Gedanken bei seiner Familie. Unser junger Freund und Kollege begann neunzehnjährig im September 2015 seine hoffnungsvolle Ausbildung zum Polizeimeister. Er wird uns als freundlicher Mitarbeiter und als fester Bestandteil unserer Gemeinschaft in Erinnerung bleiben.

Uwe Rennicke – für die GdP-Kreisgruppe Neustrelitz

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Siegfried Ahrndt

der am 9. Dezember 2015 im Alter von 51 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstarb. Wir trauern um einen anerkannten Kollegen, der Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Karlsruhe war. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden Ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Berthold Hauser – für die GdP-Direktionsgruppe Baden-Württemberg**Josef Senft – für die GdP-Kreisgruppe Karlsruhe-Nordbaden*